

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 8 – 15/16.4.2012

Renate Sommer: „Neues Chaos“ + Cameron sauer auf Berlin + AKW-Neubauten statt linker Märchen + Schotten wollen „weniger London“ + Klima-Papst Schellhuber outet sich + Marine Le Pen sammelt Jungwähler + Elmar Brok mit weniger Gepäck +

EU-Nuklearperspektiven erzeugten Schmerzensschreie und Beifall **EU-Kernkraftstaaten wollen gleiche Chancen für CO₂-Forschung und Nuklear-Projekte**

Europaweiter Knall mit Dementis: Als letzte Woche ein gemeinsamer Brief von Briten, Franzosen, Polen und Tschechen an die EU-Kommission kolportiert wurde, der eine gleichwertige Förderung von Nuklear- und CO₂-Forschung verlangte, dementierten alle angeblichen Absender, zuerst die wahlkämpfenden Franzosen. Und doch ist „etwas dran“. Die Reaktor-Besitzer sind ja auch Planer, und sie hören immer wieder, dass Energie-Kommissar Günther Öttinger Kernkraft als Teil jedes denkbaren Energie-Mix bezeichnet und nicht mit in die Berliner Trompete bläst, die die EU-Nachbarn vor allem mit schrillen „Vorbild-Deutschland“-Tönen bedient.



. G.Öttinger / Herbert Reul

Es heißt daher nicht nur in Hinterstuben, „Brüssel“ müsse ablassen von dicken Zuschüssen für CO₂-Vermeidung, Verpressung und so fort, zumal weltweit fast alle Forscher der Meinung sind, dass CO₂-Verpressung unbezahlbar und auch gefährlich ist. Selbst die in Berlin übermächtige grüne Lobby lässt auf diesem Feld mit Vorschlägen nach.

Nuklearforschung kann sehr teuer sein. Sie zielt vor allem auf Sicherheit, und damit könnte der von den Sozialdemokraten (Johannes Rau) abgeschaltete, GAU-sichere Kugelhaufen-Reaktor HTR (in Hamm-Uentrup) auf europäischem Umweg neu ins Spiel kommen, zumal er inzwischen von den Chinesen bis zu Probeläufen gebracht wurde. Ein HTR müsste nicht

in Deutschland gebaut werden, Osteuropa wäre eine Perspektive.

Zur Nuklear-Forschung kann auch die geplante Müllverbrennung in AKWs der nächsten Generationen kommen, bei denen Paris und Helsinki führen. Fortschritte der russischen Konkurrenz sind bekannt. In Deutschland sagen die Medien nicht, dass bei der schon weltweit diskutierten Müllverbrennung Endlager entfallen können.

Europa hat seit 1957 mit „Euratom“ ein anpassbares „Drehbuch“ in der Hand. Außer Fusionsforschung blieb davon nicht viel. Doch man könnte das erschlafte System beleben. Christdemokrat **Herbert Reul**, Chef der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, ist mit dem Echo auf das Brief-Phantom zufrieden: „Jeder findet rasch heraus, dass die vier Staaten in die richtige Richtung denken, andere könnten folgen. Und nicht ich allein sage in Brüssel, dass die Nuklearforschung den Rang und die Förderung bekommen sollten, über die jetzt debattiert wird.“

Man darf also gespannt bleiben. Was werden gewisse Staaten im Ministerrat sagen, der ja befasst werden muss? Zum Beispiel Deutschland als einziger *echter* Aussteiger aus der Kernenergie...

Eines ist heute schon klar: Wenn Norbert Röttgen sagt, Deutschland könne „eines Tages“ das energiepolitische Siegerland in Europa werden, irrt er sich völlig. Denn Öttinger steht ja nicht nur zu „Kernkraft im Mix“. Er sagt: „Solarkraft kann nur in Ländern mit viel Sonne wirtschaftlich sein, zum Beispiel Griechenland.“ Inzwischen mahnt Deutschlands zusammenbrechender Solarsektor.

Trotz Gejammer aus einigen Tierschützer-Ecken hat Deutschland wieder 4600 Storch-Brutpaare erreicht, vor allem durch dörfliche Hilfe. Doch im wichtigsten Storchland Mecklenburg-Vorpommern ging die Zahl der Paare von 1142 auf 813 zurück. Proteste kommen vom politisch eher grünen „BUND“. Schuld haben die von Berlin gewollten riesigen Biogasanlagen und exzessiver Mais-Anbau. Auch andere Vögel als Störche hungern dadurch. Der „BUND“ verschickt eine Dokumentation.

WERKSTATT EUROPA

Renate Sommer, CDU-MdEP für das Ruhrgebiet: "Enden unsere Chaos-Tage nie?" Bei den umstrittenen Werbeaussagen sind jetzt 222 gesundheitsbezogene Angaben unter Auflagen möglich. Im Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments bekam ein



Renate Sommer

Veto-Antrag gegen eine erste Liste über gesundheitsbezogene Werbeaussagen bei Lebensmitteln, die künftig erlaubt sein sollen, keine Mehrheit. „Der Gesundheitsausschuss des Europaparlaments akzeptierte damit den Vorschlag der Europäischen Kommission. Kritik von mir als Berichterstatterin betraf die EU-Verordnung zu gesundheitsbezogenen Angaben für Lebensmittel: Natürlich darf der Konsument nicht in die Irre geführt werden. Dafür habe ich in der Verordnung gesorgt. Das Zulassungsverfahren für die Gesundheitsangaben offenbart jedoch ein heilloses Chaos. Die EU-Kommission wie auch die mit dem Prüfverfahren beauftragte Europäische Lebensmittel-Sicherheitsbehörde waren durch die Antragsflut völlig überfordert.“ **ContraSalon bleibt dran.**

Bohrinsel-Probleme in der Nordsee: Peter Liese (CDU/MdEP) und Richard Seeber (ÖVP/MdEP) begrüßen die von der EU-Kommission bereits im vergangenen Herbst vorgeschlagene Angleichung der **Sicherheitsstandards** für die küstennahe Erdöl- und Gasförderung in der Europäischen Union. Sie forderten eine raschere Verabschiedung zum Wohle von Mensch und Natur. Die beiden Koordinatoren der christdemokratischen EVP-Fraktion im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments fordern insbesondere einheitliche europäische Sicherheitsstandards. "Die Gasgewinnung in europäischen Gewässern ist wichtig für die Energiesicherheit Europas. Gerade deshalb müssen hohe Sicherheitsstandards in den Mitgliedsstaaten besser umgesetzt oder auch erhöht werden. Das derzeitige **Kompetenzgerangel zwischen den Mitgliedstaaten und der EU** ist kontraproduktiv für die Sicherheit. Der Vorschlag, der derzeit im Europäischen Parlament und im Rat besprochen wird, muss zu einheitlichen Standards in der Nordsee, im Mittelmeerraum und im Schwarzen Meer führen. Seeber und Liese: „Außerdem muss noch die Frage der Haftung geklärt werden. Wir verlangen gemeinsame Haftungsregeln und Versicherungslösungen nach einem europäischen Standard.“

Großflughafen Berlin-Brandenburg lockt polnische Reisende. Allein die Lufthansa rechnet mit zwei Millionen Passagieren, die künftig ihre Abflüge von Polen nach Berlin verlegen. In einigen westpolnischen Flughäfen werden inzwischen Flüge geplant, die die künftige Position von Berlin einrechnen. Wie immer meckern nur polnische Journalisten aus der nationalkonservativen Ecke gegen das neue Stück Europa: „So etwas hätte Warschau nicht akzeptieren dürfen. Es schadet LOT (staatl.Luftverkehrsgesellschaft).“

Auf Wunsch des polnischen Präsidenten **Bronislaw Komorowski** soll am **17. April** in Warschau ein Treffen mit den baltischen Präsidenten stattfinden. Es gibt Probleme dadurch, dass die litauische Präsidentin **Dalia Grybauskaitė** nicht am NATO-Gipfel in Chicago teilnehmen will. Damit will sie „gegen den Druck bei der Behandlung der Probleme der polnischen Minderheit in Litauen“ protestieren. Tatsächlich geht es aber auch um den Schutz des litauischen Luftraums im NATO-Rahmen.

Jaques Delors, pensionierter EU-Kommissionspräsident und Inhaber der Medien-Tribüne „Notre Europe“ hielt eine von ihm als überparteilich gedachte Rede vor der Gruppe S&D (Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale) des Europäischen Parlaments. Er machte zwar keinen Wahlkampf mit Nennung von Personen, stellte jedoch die Forderung von François Hollande nach großen „gemeinsamen Anstrengungen für neues Wachstum“ in den Mittelpunkt „meiner Sorgen um Frankreich und Europa“. Ein holländischer CDA-Freund aus

Brüssel fragte mich: „Ich denke auch so, was aber will die CDU?“ Das sollte endlich „Neues Wachstum“ heißen.

David Cameron, britischer Premier, bleibt „richtig wütend“ über den Ausstieg von E-ON und RWE aus dem Atom-Joint-Venture, das sie zum Bau neuer Kernkraftwerke in England verpflichtete und rechtlich weiter bindet. Staatssekretär **Charles Hendry** äußert „große Enttäuschung“, und **Tim Yeo**, konservativer Chef des parlamentarischen Energie-Ausschusses, sieht ein „Berliner Misstrauensvotum gegen Großbritannien“. Die britischen Gewerkschaften stehen in Sachen Energie fest an der Seite der Londoner Regierung. Die Briten wollen seit „Fukushima“ rascher auf modernste AKWs umrüsten und erklären deutschen Diplomaten: „Ohne Kernkraft sind die Brüsseler CO₂-Ziele nie mehr zu erreichen.“



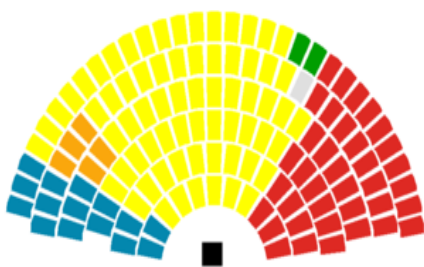
David Cameron

Bis 2025 sollen an acht britischen Standorten neue AKWs mit 16.000 MW Leistung entstehen. RWE und E-ON hatten sich mit 16 Mrd Euro beteiligen wollen.

In die „britische Lücke“ wollen gern Spanien (Iberdrola) und Frankreich (EDF) treten, haben sich aber politisch noch nicht entschieden. Und hinter dem Kanal denkt ein viel größeres Unternehmen über die britische Panne „kreativ“ nach: Russlands Kernkraftriebe ROSATOM. Sowohl in London wie in Brüssel hört man die meisten Briten sagen: „Die beiden deutschen Unternehmensabsagen sind das diskret getarnte Werk der Berliner Regierung.“

Edinburgh. Seit wieder einmal grelles Licht auf Englands Ölbohrer in der Nordsee fällt, erwärmt sich in Edinburgh spürbar die Frage „**Wann wird Schottland endlich echt unabhängig.**“ Zum regelmäßigen „Gedankenaustausch“ zwischen schottischen Nationalpolitikern und Katalanen kommen neuerdings auch Treffen mit polnischen „Schlesiern“. Bei der letzten polnischen Volkszählung konnte man sich nicht mehr nur „polnisch“ oder „deutsch“ bekennen, sondern auch ankreuzen, dass man in erster Linie „Schlesier“ sei. Hunderttausende bekannten sich.

Inzwischen hat die schottische Nationalpartei SNP unter Führung von **Alex Salmond** eine absolute Parlamentsmehrheit.



Gelb:SNP;blau:Con.;Rot:Lab



Alex Salmond, SNP-Chef



Wann kommt eine Volksabstimmung? Die Regierung in London betont, sie werde eine solche nicht behindern. Doch Premier **Cameron** verspricht, „bis zum letzten Blutstropfen gegen eine Abtrennung Schottlands kämpfen“ zu wollen. Liberale und Sozialisten denken gleich, sind aber gegen zuviel Geschrei. Die *Bank of Scotland* gehörte zu den größten Krisen-Verlierern, Salmond sieht die Schuldigen in London. Es müsse auch aufhören, dass nur Engländer einseitig an Öl und Gas aus der Nordsee verdienen: „300 Jahre Abhängigkeit von London sind genug.“ Queen Elizabeth II. könne aber gern „gemeinsames Staatsoberhaupt“ bleiben.

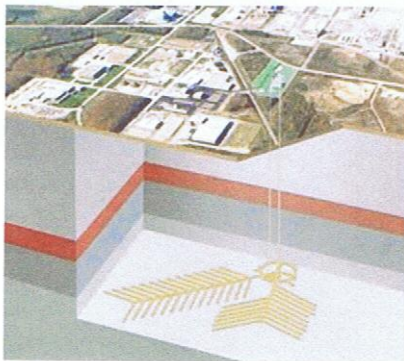
Im Grundsatz soll „bald“ über den Schottland-Status abgestimmt werden, doch ist der Weg dorthin juristisch weiter umstritten. Salmond will „in den nächsten fünf Jahren“ abstimmen, doch wird er immer öfter gedrängt, schon auf 2014 zu bestehen. In diesem Jahr sind auch Europa-Wahlen, und nicht wenige Schotten plädieren für „einfach zusammenlegen“.

ENERGIEUMWELTKERNKRAFTSTROMPRODUKTIONNEUBAUTENAKW **An jedem Tag wird das Märchen widerlegt, „niemand“ baue neue AKWs**

Gutmensch **Franz Alt** wiederholte im ZDF das Märchen, es gäbe „nach Fukushima“ zwar einige Baupläne für neue AKWs, doch niemand auf der Welt baue tatsächlich. Wir referieren heute nur einen Teil der gegenteiligen Wahrheit: Die USA bauen z.B. ganz neue AKWs und kaum einer in Deutschland bekommt es mit, weil ARDZDF kneifen oder schlafen.

Die beiden kürzlich mit finaler Betriebslizenz gestarteten Neubauten in der Nähe von Atlanta (Georgia) – „Vogtle 3“ und „Vogtle 4“ - sind unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit weit voran gekommen. Obamas Wissenschaftsminister, Nobelpreisträger Dr. Chu, kam kürzlich zu Besuch und sagte, **dass Kernenergie die Zukunftsenergie der USA sei.**

Die US-Aufsichtsbehörde hat jetzt den Bau von zwei weiteren neuen Reaktorblöcken in South Carolina bewilligt. In *Virgil C. Summer* bereiten schon über 1000 Arbeiter den Bauplatz vor. Geplant sind zwei Reaktoren vom Typ AP- 1000 von Westinghouse.



Concept of the proposed DGR project
(Image: OPG)

Eine im Februar veröffentlichte repräsentative Umfrage (mehr als 1.000 US-Bürger) brachte bei 3% Fehler-Toleranz dieses Ergebnis: 81 % halten Kernenergie für wichtig für die Stromversorgung der USA. 58 % wollen, dass in Zukunft noch mehr neue AKWs in den USA gebaut werden

Der russische Kernkraftriese ROSATOM investiert 45 Mrd. Rubel in die Modernisierung und Lebensverlängerung des AKW Smolensk. Dort sind drei Blöcke vom Typ RBMK-1000 in Betrieb. Die bisher projektierte Lebensdauer der Reaktoren betrug 30 Jahre, geplant ist jetzt eine Lebensdauerverlängerung um 15 Jahre. Sie soll vor allem mit ganz neuen Sicherheitsmaßnahmen erreicht werden.

AKW-Endlager in den USA , an dem mittlerweile gearbeitet wird

Finnlands Energiekonzern TVO hat fünf Reaktor-Anbieter (AREVA, General-Electric-Hitachi, Korea Hydro & Nuclear Power, Mitsubishi und Toshiba) eingeladen, Offerten für den Erweiterungsbau des AKW **Olkiluoto-4** einzureichen. Die russische ROSATOM ist dabei übergangen worden. Moskau hat darauf noch nicht offiziell reagiert.

Der französische Energieversorger EDF hält an seinen Plänen zum Bau neuer AKWs in Großbritannien fest. Das sagte Unternehmenschef **Henri Proglio** vorletzte Woche auf einer Pressekonferenz in Paris. Der Plan gelte auch nach der Abkehr der deutschen Energie-Unternehmen RWE und E-ON von ihren England-Plänen.

Christen, werdet wachsamer! Piraten greifen an! Wir dürfen damit rechnen, dass sie von den Medien geschont und damit gestärkt werden – wie früher schon PDS und Grüne. Mit christlichem Mut gegenhalten !!! Per Telefon, Brief, Internet !!!

Piraterie ist aus gutem Grund international geächtet, steht sie doch für Eigentumsdelikte, Gewalttätigkeit und Freiheitsberaubung zu eigennützigen Zwecken. Dass sich eine politische Partei in einem Rechtsstaat „Die Piraten“ nennt, könnte man als Dekadenzsymbol deuten. Wer einwendet, es handele sich nur um eine augenzwinkernde Selbstetikettierung, muss sich jetzt fragen lassen: Ist Politik als machtbewehrtes Ringen und sozialetisches Mühen um das Gemeinwohl nicht ein zu ernstes Metier für flapsige Betitelung? Das Kokettieren mit Illegalität hört ja beim Parteinamen nicht auf, wenn man etwa an die Positionen der Piraten zum Drogenkonsum oder zum Eigentumsschutz im Internet denkt.

Auffällig ist, dass die Partei, die mit Leichtigkeit erste Landtage enterte und inzwischen deutschlandweit zweistellig gemessen wird, neben Nichtwählern auch Wähler aus gegensätzlichen politischen Lagern anzieht – vor allem von den „Linken“, den Grünen und der FDP. Dies ist möglich durch ihre programmatische Unschärfe, wohlfeile Gratis-Versprechen und die Rolle als Protestpartei: Man wählt die „Piraten“ nicht wegen politischer Substanz oder wegen ihres Personals, sondern aus Frust über „etablierte“ Parteien. Etwa drei Viertel ihrer Wähler gaben diese Motivation in Umfragen an. Auch dies ist ein Krisensignal, das nicht nur gegen den herrschenden Politikstil, sondern *auch* gegen das Wahlvolk sprechen kann!

Was tun? Christen, werft Eure Netze aus! Vulgärliberale Parolen der „Piraten“ für eine radikale Trennung von Kirche und Staat – bei Religionspolitik meint man weniger Sachkunde zu benötigen als in der Ökonomie – und ihre antichristlichen Tanz-Provokationen am Karfreitag widerspiegelten aufs Neue die Trägheit vieler Christen!

Bloß auf Tradition pochende Begründungen für Staatskirchenrechte werden in Zukunft nicht mehr zur Wahrung unserer individuellen Rechte ausreichen! Selbst die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit ist kein stabiler Legitimationstitel mehr. Denn Recht „arbeitet“ wie Holz: Es folgt dem Wertewandel. Der Mehrwert christlicher Wirkungschancen im Staat *muss deshalb unseren nichtgläubigen Bürgern überzeugender verdeutlicht werden*. Denn sie sind längst mit-gefährdet! Christen müssen deshalb ihre Netze (Lukas 5,5) eifriger auswerfen und alle besorgten Wähler in ihre nicht bloß virtuellen Netzwerke der Liebe einladen. **ContraSalon-Leser Dr. Andreas Püttmann**

**CDU-Kreisverbände Bonn und Rhein-Sieg contra Minister de Maizière
Neue Umzugspläne Bonn-Berlin sind unnütz, superteuer und gegen „Bonn-Berlin-Gesetz“**

Viele hundert persönliche Briefe haben in den vergangenen Wochen die Berliner CDU-Bundesgeschäftsstelle erreicht. Immer noch senden Mitgliederversammlungen, Vorstände, Arbeitskreise, Ausschüsse oder einzelne Mitglieder der regionalen CDU das Schreiben individualisiert nach Berlin. Damit demonstriert die Mitgliedschaft vor Ort der CDUBundespitze, dass sie ein waches Auge auf den Umgang mit dem Bonn/Berlin-Gesetz hat. Die beiden CDU-Kreisverbände haben rund 10.000 CDU-Mitglieder.

Auch deshalb wollen die beiden Kreisvorsitzenden von Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis, Philipp Lerch und Elisa-beth Winkelmeier-Becker MdB, den Dialog zum Bonn/Berlin-Gesetz weiterhin selbstbewusst und offensiv führen. Sie erklären: „Es melden sich unsere Mitglieder persönlich und in großer Anzahl in Berlin zu Wort. Sie berichten von ihren Zweifeln und Sorgen mit Blick auf die jüngste Entwicklung des Bonn/Berlin-Gesetzes. Verlässlichkeit gegenüber Berlin war ein wesentliches Argument in der Hauptstadtentscheidung 1991. Unsere Mitglieder und die Menschen in der Region erwarten nun, dass die Politik auch ebenso verlässlich für Erhalt und Einhaltung des Bonn/Berlin-Gesetzes einsteht.“

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Elmar Brok, in Europa und darüber hinaus als einer der informiertesten und einflussreichsten deutschen EU-Politiker anerkannt, wird zu seinem 65. Geburtstag am 14. Mai den CDU-Bezirksvorsitz in Ostwestfalen-Lippe niederlegen. Elmar Broks Position in der Bundes-CDU bleibt stark. Er sitzt im CDU-Bundesvorstand und führt die europapolitisch entscheidenden Parteigremien. Häufiger denn je reist er als schweigsamer „Merkel-Sonderbotschafter“. Im Europäischen Parlament wirkt Brok als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und der Delegation für die Beziehungen zu den USA. In der Europäischen Volkspartei (EVP) ist Brok Präsident der EVP-Arbeitnehmer-Vereinigung EUCDA. Brok gehört der Straßburger Völkervertretung seit 1980 an und hatte vorher keine Mandate.



Vertrauen + Diskretion = Brok + Merkel

Hans Joachim Schellnhuber, Potsdamer Klima-Dogmatiker und eitel Talkshow-Gast, wird in der soeben erschienenen neuen Ausgabe von „NOVO Argumente“ auf Seite 306 mit einem verräterischen Satz zitiert, den er 2010 in der ZEIT losließ und der damals u.a. auf die Kritik von **Helmut Schmidt** stieß: „Der **Klimaschutz-Avanguard** bietet sich die Chance, sowohl verantwortlich zu handeln – die Bewahrung der Schöpfung kann dabei durchaus (!) als Richtlinie dienen - , **als auch den eigenen Wohlstand zu mehren.**“ Inzwischen geht hochsubventionierten Solarstrategen die Luft aus, Windparks haben ernste Defekte, die erzwungenen AKW-Abschaltungen führen zu neuen höheren CO₂-Abscheidungen – und kein Land in der EU geht den „Berliner Weg“.

Marine LePen, rechtsradikale französische Präsidentschaftskandidatin, führt bei den 18-24-Jährigen in allen Umfragen. Sie taktiert weit weniger „rechts“ als ihr Vater und versucht sich im Stil der deutschen „Piraten“. Man kann nur hoffen, dass sie nicht – wie ihr Vater im Ringen mit Chirac – in einen zweiten Wahlgang kommt. Je nach Ausgang der ersten Abstimmung müssten so viele Linke wie nie für eine „Rechte“ stimmen, um Le Pen abzuhängen. Oder Millionen von Bürgerlichen müssten im zweiten Wahlgang den Sozialisten Hollande „retten“.

Karl Feldmeyer, rechtskonservativer Mitträger der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, nannte die „Piraten“ in einem Leitartikel „Partei aus Notwehr“ und verteilte Fleißkärtchen für den Kampf gegen Merkel. Kreise um die „Junge Freiheit“, die seit Jahren die Chancen einer Partei rechts vor der CDU diskutieren, sind seit den letzten Landtagswahlen vollkommen frustriert vom Abschneiden kleiner Rechter bei Landtagswahlen. Folglich muss Feldmeyer kein Staunen mehr auslösen, wenn ihm offenbar jedes Mittel recht ist, das Merkel schadet. In Gesprächen sagte er, der Austritt aus der EU sei sein „größter Traum“.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG + Tel. 0228 – 324381
e -mail: post@jwahl.de

[Deine / Ihre Spende deckt Kosten - bitte auf mein
Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805](#)